

3300/AB XXI.GP

Eingelangt am: 22.03.2002

Die Bundesministerin
für auswärtige Angelegenheiten

Die Abgeordneten zum Nationalrat Inge Jäger, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. Jänner 2002 unter der Zl. 3293/J-NR/2002 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Österreichs Beitrag für den Wiederaufbau Afghanistans gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Österreich gab in Tokio einen Hilfsbeitrag von € 12,3 Mio. für Afghanistan bekannt, davon 6,5 Mio direkt für den Wiederaufbau. Dieser Betrag schlüsselt sich wie folgt auf:

- € 6,5 Mio. für den Wiederaufbau mit Schwerpunkt Frauen, Entminung, Drogenkontrolle (dieser Betrag setzt sich aus jenen € 5,5 Mio. zusammen, die vom Ministerrat vom 8. 1. 2002 für zivile Projekte beschlossen wurden, zuzüglich € 1 Mio. aus der Entwicklungszusammenarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten),
- € 4,5 Mio. als Beitrag Österreichs zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF - International Security Assistance Force) aufgrund des Beschlusses des Ministerrates vom 8.1.2002,
- € 1,1 Mio. für humanitäre Hilfe,

- € 0,2 Mio. für Minensuchgeräte zur Weitergabe an das VN-Minenprogramm in Afghanistan.

Zu Frage 2:

Die wenigen über österreichische Trägerorganisationen abzuwickelnden Projekte enthalten Verwaltungskosten im üblichen Ausmaß zwischen 10 und 12%.

Zu Frage 3:

7,8 Millionen Euro.

Zu Frage 4:

Der Großteil der Mittel soll über die einschlägigen multilateralen Organisationen abgewickelt werden, d. h. also UNOCHA bzw. MAPA für die Minenprojekte, UNFPA und UNICEF für die Frauenprojekte, UNDCP für Drogenfragen. Nur ein kleiner Teil soll bilateral abgewickelt werden, da Österreich derzeit keine eigenen EZA-Strukturen in Afghanistan hat.

Bei den bilateralen Projekten handelt es sich um ein Flüchtlingsprojekt mit ADC (die derartige Projekte bereits seit über 20 Jahren in Pakistan für afghanische Frauen durchführt), ein kleines humanitäres Programm über Hilfswerk Austria, sowie ein Projekt mit RAWA (Revolutionary Afghan Women's Association), zu denen direkte Kontakte bestehen. Schließlich wird auch die Möglichkeit erwogen, ein ursprünglich von Österreich errichtetes und nunmehr weitgehend zerstörtes Spital zu rehabilitieren.

Zu Frage 5:

Ja.

Zu Frage 6:

Die einzelnen Geber haben, wie auch Österreich, in ihren jeweiligen Erklärungen die Struktur ihrer zugesagten Beiträge näher erläutert. Die Struktur war dabei nicht einheitlich, weder in Bezug auf den vorgesehenen Zeitraum der Hilfe noch in Bezug auf die inhaltliche Verwendung der Gelder.

Zu Frage 7:

Die EU sagte bei der Internationalen Konferenz für den Wiederaufbau Afghanistans in Tokio offiziell insgesamt ca. 600 Millionen Euro zu, aufgeschlüsselt in etwa 400 Millionen von den Mitgliedstaaten und 200 Millionen von der Kommission. Diese Zahlen sind aber

nur Richtwerte und basieren, wie bei Geber-Konferenzen üblich, z.T. auf sehr unterschiedlichen Ansätzen, ausgerichtet nach den Grundlagen der jeweiligen nationalen Haushaltsvorschriften. Die EU-Kommission beabsichtigt, einen vergleichbar hohen Betrag für die folgenden vier Haushaltjahre bereitzustellen; dafür ist aber die Genehmigung der zuständigen Budgetbehörden, inklusive des Europäischen Parlamentes notwendig, weshalb die Zusage für die Folgejahre nur mit dieser Einschränkung gemacht werden konnte. Dieser Betrag, an dem auch Österreich als EU-Nettozahler seinen Anteil hat, war die substantiellste Hilfe, die in Tokio in Aussicht gestellt wurde.

Eine Aufschlüsselung für den Zeitraum 2002 bis 2004 muss diese Prämissen und haushaltrechtlichen Einschränkungen berücksichtigen. Die Nennung eines genauen Betrages ist deshalb nicht möglich.

Zu Frage 8:

Die EU-Mitgliedstaaten haben für den direkten Wiederaufbau (exklusive humanitärer Leistungen und Beiträge betreffend die militärische Sicherheit) folgende nationalen Beträge zugesagt:

Belgien	30,7 Mio Euro (entspricht 27,32 Mio. US\$) bis 2006
Dänemark	500 Mio DKK (entspricht 60Mio. US\$) bis 2006
Deutschland	320 Mio Euro (entspricht 284,8 Mio US\$) bis 2005
Finnland	30 Mio Euro (entspricht 26,7 Mio. US\$) bis 2004
Frankreich	27,5 Mio Euro (entspricht 24,48 Mio US\$) für 2002
Griechenland	5 Mio Euro (entspricht 4,45 Mio US\$) bis 2004
Großbritannien	203 Mio. Pfund (entspricht 293,22 Mio. US\$) bis 2006
Irland	12 Mio Euro (entspricht 10,68 Mio US\$) bis 2004
Italien	47,3 Mio Euro (entspricht 42,1 Mio US\$) für 2002
Luxemburg	5 Mio. Euro (entspricht 4,45 Mio. US\$) für 2002
Niederlande	70 Mio. Euro (entspricht 62,3 Mio. US\$) für 2002
Österreich	6,5 Mio Euro (entspricht 5,79 Mio. US\$) bis 2004
Portugal	5 Mio Euro (entspricht 4,45 Mio US\$) bis 2005
Spanien	111 Mio. Euro (entspricht 98,79 Mio. US\$) bis 2006
Schweden	1 Mrd. SEK (entspricht 98,0 Mio US\$) bis 2004

Zu Frage 9:

Die Errechnung eines Prozentsatzes ist aufgrund der unterschiedlichen Strukturen und Ansätze nicht möglich. Einige Länder haben nur für 2002 ihre finanziellen Beiträge zugesagt.

Zu Frage 10:

Ja.